



ASYL IST MENSCHENRECHT

Demonstration am 10. Dezember 2015, 16 Uhr in Mainz, Gutenbergplatz (Theater)

Internationaler Tag der Menschenrechte

Am internationalen Tag der Menschenrechte demonstrieren wir für das uneingeschränkte Recht auf Asyl. Mit den jüngst beschlossenen Maßnahmen haben Bund und Länder die massivsten Verschärfungen im Flüchtlingsrecht seit 1993 durchgesetzt. Die Balkanstaaten wurden zu „Sicheren Herkunftsländern“ erklärt, mit der Folge: Schnellverfahren und Lagerzwang. Dazu kommen die Ausweitung von Sachleistungen in den Sammelunterkünften und weitere abschreckende Maßnahmen wie zum Beispiel schnellere Abschiebungen ohne Ankündigung.

Die deutsche Politik arbeitet intensiv an der Einschränkung der staatlichen Schutzpflicht

Damit nicht genug! Die Große Koalition plant weitere drastische Einschnitte: Sonderlager für nicht gewollte Flüchtlinge mit Kurzverfahren und direkter Abschiebung, verschärfte Residenzpflicht mit Sanktionen bis hin zum Erlöschen des Asylantrags und sofortiger Ausweisung, Abschiebungen aus der Aufnahmeeinrichtung, Beschränkung des Familiennachzugs, Flüchtlinge aus Afghanistan sollen künftig kaum noch anerkannt werden.

Die aktuellen Maßnahmen sind ein Frontalangriff auf das Asylrecht. Er wird begleitet von zunehmender rechtspopulistischer Hetze und einer alarmierenden Zunahme von tätlichen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte durch Neonazis.

Asyl ist ein unantastbares Menschenrecht!

Artikel 14 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 lautet:

Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Bei Menschenrechten gibt es keine Obergrenze. Die in anderen europäischen Ländern stattfindenden Grenzsicherungen und Abweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind ein Angriff auf Menschen in Not und Gefahr.

Die Flüchtlingssolidarität in Rheinland Pfalz kennt keine Unterscheidung in gute und schlechte Flüchtlinge.

Wir stellen uns gegen das Aushungern von abgelehnten Flüchtlingen und ihre Zwangsunterbringung in Lagern!

Wir fordern von den Regierungen im Bund und in Rheinland-Pfalz:

- **Asylrecht schützen und Flüchtlinge aufnehmen**
- **Legale Wege nach Europa eröffnen**
- **Recht auf Familienzusammenführung**
- **Deutschkurse und Integrationsmaßnahmen für alle**